

Bezugspreis: Vom 21. Oktober bis 1. November 14 Milliarden M. ...

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Woll und Zeit“ ...

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Freitag, den 2. November 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Die zweite Krise der Regierung Stresemann Die Entscheidung auf heute vertagt - Bruch wahrscheinlich.

Die Entscheidung über die Annahme oder Ablehnung der Forderungen der Sozialdemokratie durch das Kabinett ...

Allem Anschein nach treiben die Dinge zum Bruch. Jenseits der Sozialdemokratie scheinen zwei Strömungen zu bestehen ...

Was wird, wenn die Sozialdemokraten das Kabinett verlassen, weiß niemand. Viele rechnen mit einem Verbleiben Stresemanns ...

Mit dem Ausschneiden der Sozialdemokratie aus der Regierung fällt das Ermächtigungsgesetz ...

Die Reichstriebe wird auch eine Preukrise auslösen. Gestern waren die erreichbaren Mitglieder der völksparteilichen Preußenfraktion ...

Es wird an allen Ecken und Enden systematisch daran gearbeitet, die Kapitulation vor Bayern vorzubereiten ...

Die Sozialdemokratie wird, ob in der Regierung oder außerhalb der Regierung, nicht aufhören, gegen Militärdiktatur ...

Die Gründe, die die sozialdemokratische Reichstagsfraktion veranlassen, ihr Verbleiben in der Regierungskoalition ...

Der geltende militärische Ausnahmezustand legt die ganze vollziehende Gewalt uneingeschränkt in die Hände des Militärs ...

lich durch militärische Stellen erfolgen die Entscheidungen über: Verbot von Zeitungen, Schußhaft, Verbot von Versammlungen ...

Zivilkommissare sind zwar zum Teil eingesetzt, haben aber nach § 8 der Verordnung keinen Einfluß. Die Weisungen und Anordnungen des Militärbefehlshabers ...

Die Verordnung sieht gegen Schußhaftbefehle und Zeitungsverbote nicht wie sämtliche früheren Verordnungen es getan haben ...

Die Strafbestimmungen sind ungeheuerlich und gehen weit über alle früheren selbst unter dem militärischen Ausnahmezustand ...

Schon zur Zeit Noskes hat sich ergeben, welche schwerwiegenden politischen Folgen auf die Dauer die Uebertragung der vollziehenden Gewalt ...

Der militärische Ausnahmezustand ist unhaltbar. Eine politische Krise zu entzünden, um Unhaltbares zu halten, ist sinnlos.

Neue Differenzen in Sachsen.

Dresden, 1. November, abends 9 1/2 Uhr. (Eigener Drahtbericht.) Am Dienstagabend kurz vor der geplanten Eröffnung der Landtagsfraktion ...

Später trat jedoch eine neue Wendung ein. Der Verlesungsantrag wurde abgelehnt. (Siehe 2. Seite.)

Dresden, 1. November. (Eigener Drahtbericht.) Die Landesinstanzen der SPD. Sachsens geben folgende Erklärung bekannt: Am Dienstag, den 30. Oktober, berieten Landesarbeitsausschuß und Bezirksvorstände ...

Die Landesinstanzen dagegen lehnten diese Bindung mit den Demokraten mit 15 gegen 7 Stimmen ab.

nach § 3 des Landesstatuts, der Arbeitsausschuß hat bei allen wichtigen Landesvorgängen, mindestens aber in jedem Vierteljahr eine gemeinschaftliche Sitzung ...

Da die Fraktion auf ihrem Standpunkt beharrte, machten sich die Landesinstanzen schlüssig, einen Landesparteitag einzuberufen.

Die Wahrheit über Sachsen.

Von Wilhelm Dittmann.

Die Tatsachen, die zur Neubildung der sächsischen Regierung geführt haben, werden in der Presse und in der politischen Öffentlichkeit meist völlig falsch dargestellt. Es wird behauptet, das Ultimatum des Reichskanzlers habe die Regierungskoalition zwischen Sozialisten und Kommunisten in Sachsen zerschlagen ...

Wie lagen die Dinge? Unter Führung des Ministerpräsidenten Dr. Zeigner hatte die sächsische Sozialdemokratie das Experiment einer Regierungskoalition mit den Kommunisten gemacht ...

Bald zeigte auch eine Rede des kommunistischen Finanzministers Böttcher und dann eine Rede des kommunistischen Ministerialdirektors Brandler die Berechtigung solcher Zweifel. Der provokatorische Einmarsch der Reichswehr in Sachsen zerschlug die Ansätze realpolitischer Einstellung ...

Die Dinge hatten sich am Dienstag, den 23. Oktober, bereits so weit zuspitzt, daß der Ministerpräsident Dr. Zeigner, der Vater der Koalition mit den Kommunisten, in der sozialdemokratischen Landtagsfraktion erklärte: „Ich werde die beiden kommunistischen Minister entlassen!“ ...

Der innerliche Bruch der Sozialdemokratie mit den Kommunisten war also bereits unvermeidlich, als am Tage darauf, Sonnabend, den 27. Oktober, gleichzeitig mit dem Ultimatum ein Aufruf, unterzeichnet „Der Landesvorstand der SPD.“ und „Die kommunistische Landtags-“

fraktion", zur Kenntnis der sozialistischen Regierungsmitglieder kam, der dem Fuß den Boden ausschlug. Dieser kommunistische Aufruf durchkreuzte direkt die Parole der gemeinsamen sozialistisch-kommunistischen Regierung, die der Ministerpräsident Dr. Zeigner von der Tribüne des Landtages aus am Dienstag, den 23. Oktober, gegenüber dem Vorgehen der Reichswehr in Sachsen proklamiert hatte. Beide Dokumente seien hier in ihren entscheidenden Partien einander gegenübergestellt.

Ministerpräsident Dr. Zeigner am 23. Oktober im sächsischen Landtag:
Ich richte im Namen der sächsischen Regierung von dieser Stelle aus die dringende Mahnung an die sächsische Bevölkerung:

Vermehren Sie nicht die Leiden unseres Landes durch Unbesonnenheiten. Halten wir im Gefühl unseres Rechtes selbst Ordnung, sorgen wir dafür, daß die Reichswehr keinen Anlaß hat, einzuschreiten, oder, wie es hochwohlgeehrt, verfassungsmäßige und geordnete Verhältnisse herzustellen.

Ungeheure Entfugung und eiserne Selbstdisziplin wird von der sächsischen Bevölkerung verlangt, nur weil hier das sächsische Proletariat sich geeinigt hat, weil die Regierungsgewalt in den Händen der proletarischen Partei liegt, weil wir nach wie vor das Wohlwollen der Republik im Reiche sind und sein werden. Die Bevölkerung muß diese Entfugung und eiserne Selbstdisziplin aufbringen im Interesse unserer schwerbedrohten Existenz als freier demokratischer Staat. Und die sächsische Bevölkerung wird diese Selbstdisziplin aufbringen, — trotz den Handlungen, die immer wieder die Bewegung in ungeheurem Ausmaße steigern.

Man vergleiche beide Dokumente miteinander und wird feststellen müssen, daß der kommunistische Aufruf, der auffordert, die Provokationen der Reichswehr mit Provokationen durch die Arbeiterschaft zu beantworten, der Parole ins Gesicht schlägt, die Genosse Dr. Zeigner im Landtage im Namen der sächsischen Regierung — also auch der Kommunisten — ausgesprochen hatte. Die Befolgung des kommunistischen Aufrufs mußte zu Zusammenstößen mit der Reichswehr führen, die nach der Parole des Genossen Dr. Zeigner unter allen Umständen vermieden werden mußten. Dieser Aufruf, hinter dem Rücken der Sozialdemokratie von den maßgebenden Instanzen der KPD. herausgegeben, war ein Akt beispielloser Treulosigkeit und bedeutete praktisch den Bruch der Regierungskoalition durch die Kommunisten. Die Parteinstanzen der Sozialdemokratie brauchen jetzt nur noch diese Tatsache festzustellen und daraus die Konsequenzen für eine Umbildung der sächsischen Regierung zu ziehen, die nach der Zusammenlegung des Landtages — 40 Sozialisten, 20 Deutschnationale, 18 Volksparteiler, 10 Kommunisten, 8 Demokraten — nur durch Verständigung mit den Demokraten und dieser mit den Volksparteilern möglich war.

So sicher wie das Amen in der Kirche wäre diese Klärung am Dienstag, den 30. Oktober, im Landtag erfolgt — wenn nicht das Ultimatum des Reichskanzlers am Sonnabend, den 27. Oktober, dazwischen geplatzt wäre und künstlich und gewalttätig die bereits innerlich erledigte sozialistisch-kommunistische Koalition wieder äußerlich zusammentrieb. Durch das Dresdener Wehrkreiskommando hatte der Reichskanzler den

Landesvorstand und Landtagsfraktion der KPD. im Aufruf:

Wir Kommunisten erklären: Wir pfeifen auf das Verbot der Hundertkassaten durch den Herrn General.
Wir pfeifen auf alle Verbote und Erlasse, die noch kommen werden.

Wir sind in die Regierung eingetreten, ungenehmigt mit den Sozialdemokraten die wertvollen Massen zum Kampf gegen die Militärdiktatur, Faschismus und Ausbeutung zu mobilisieren!

Wir werden die Massen mobilisieren, mag der General noch so gut tanzen, wie die Schwerindustrie, die Junker, Spekulanten und Faschisten pfeifen.

Wir fordern die Arbeiter auf, das Verbot der Hundertkassaten mit der Aufstellung unzähliger neuer Hundertkassaten, das Verbot der Aktionsausschüsse mit der Bildung von Aktionsausschüssen in jedem Betrieb zu beantworten!

kommunistischen Aufruf früher als die sächsische Landesregierung — der durch die Militärdiktatur die Exekutivorgane entzogen waren — zur Kenntnis bekommen. Statt dem Aufruf der Landesregierung mit der Aufforderung zu übermitteln, zu ihm Stellung zu nehmen, bemühte ihn der Reichskanzler lediglich zur Begründung seines Ultimatus an die sächsische Regierung, sofort zurückzutreten. Dieses unglückliche Vorgehen hatte die bekannten Folgen: die sächsische Regierung wies das Ultimatum am Sonntag, den 28. Oktober, zurück, am Montag, den 29. Oktober, erschien Dr. Heinze als Reichskommissar in Dresden und setzte die sächsische Regierung mit Militärgewalt ab.

Bei der Beratung, die die sozialistischen Regierungsmitglieder am Sonntag, den 28. Oktober, mit den Parteinstanzen über das Ultimatum abhielten, schlug der Ministerpräsident Genosse Dr. Zeigner in Konsequenz seiner Haltung vom 23. und 26. Oktober vor, daß er dem Reichskanzler antwortete: er wies das Ultimatum als verfassungswidrig zurück, erkläre aber aus eigenem Entschluß, daß die Kommunisten von der Reichsverfassung abgewichen seien und die Basis verlassen hätten, auf der mit ihnen die Regierung gebildet worden sei, er habe deshalb die kommunistischen Minister Böttcher und Hedert aus ihren Ämtern entlassen und werde am Dienstag, den 30. Oktober, dem Landtage seine Demission unterbreiten. Genosse Dr. Zeigner war sich völlig darüber klar, daß der von den Kommunisten schon vor dem Ultimatum herbeigeführte Zusammenbruch der Koalition, deren Hauptträger er gewesen, als politische Selbstverständlichkeit seine Demission als Ministerpräsident zur Folge haben müsse. Deshalb war seine persönliche Haltung am Sonntag absolut korrekt und ein Zeichen selbstloser persönlicher Unterordnung unter die allgemeinen Interessen. Wären die sächsischen Parteinstanzen am Sonntag dem Genossen Dr. Zeigner gefolgt, so wäre wohl die Einsetzung des Reichskommissars und die Absetzung der sächsischen Regierung unterblieben, aber die Versicherung, daß die Entschlüsse zum Bruch mit den Kommunisten und zur Demission aus eigenem Entschluß und nicht unter dem Druck des Ultimatus erfolgt seien, hätte in der Öffentlichkeit schwerlich Glauben gefunden. Was freier Entschluß war, wäre als Unterwerfung unter das Ultimatum ausgelegt worden. Wesentlich aus dieser Erwägung fiel die Entscheidung am Sonntag in der gemeinsamen Beratung der parteieigenen Regierungsmitglieder mit den Parteinstanzen: Das Ultimatum wurde abgelehnt unter Berufung auf seine verfassungsrechtliche Ungültigkeit, ohne daß gesagt wurde, welche Konsequenzen aus eigenem Entschluß zu ziehen man bereit war. Hätte es der Reichskanzler nicht so furchtbar eilig gehabt mit der Einsetzung des Reichskommissars und dieser mit der Absetzung der sächsischen Regierung, so hätten unsere Genossen am Montag das Verhältnis mit den Kommunisten bereinigt und am Dienstag hätte Genosse Dr. Zeigner eine entsprechende Erklärung im Landtage abgegeben. Dann wären die Forderungen des Ultimatus gegenstandslos gewesen, die Neubildung der Regierung ohne die Kommunisten und ohne Genossen Zeigner hätte sich von selbst ergeben. Was in der Nacht zum 30. Oktober im sächsischen Landtag geschehen ist, die Bildung des sozialistischen Minderheitskabinetts Fellisch mit Unterstützung der Demokraten, war also nur die logische Konsequenz der Verhältnisse, die schon vor dem Ultimatum eingetreten waren und ist in keiner Weise die Folge des Ultimatus, das nicht nur ein politischer Gewaltakt, sondern auch eine Riesendummheit war.

Die Abendigung des sächsischen Landtages.

Dresden, 1. November, 10 Uhr abends. (Eigener Drahtbericht.) Der Vorstoß der Deutschen Volkspartei hat bei den Demokraten und Sozialdemokraten die allergrößte Erbitterung hervorgerufen. Nach der Ablehnung des volksparteilichen Verlangens

hatte die Volkspartei weiter erklärt, daß sie die Vereidigung durch einen Verfassungsantrag verhindern werde. Die Kommunisten haben durchblicken lassen, daß sie für den Verfassungsantrag stimmen werden. Da auch die Deutschnationalen für diesen Antrag stimmen wollen, werden die demokratischen und sozialdemokratischen Stimmen nicht ausreichen, um den Verfassungsantrag zu hintertreiben, zumal drei Abgeordnete der KPD-Fraktion fehlen.

So war die Situation, als der Landtag endlich um 9,35 Uhr eröffnet wurde. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab Genosse Böttcher eine längere Erklärung ab, in der er die Behauptungen des Abg. Böttcher in der vorigen Sitzung des Landtages als Verleumdungen bezeichnete und erklärte, daß der Abg. Böttcher keinen Anspruch darauf habe, mit seinen Bormüßigen Aussagen zu finden, so lange er nicht den Beweis für seine Behauptungen erbringe. Der deutschnationale Sprecher erklärte daraufhin, daß seine Fraktion gegen die Wahl des neuen Ministerpräsidenten beim Staatsgerichtshof protestiert habe. Der volksparteiliche Abg. Kaiser setzte sich daraufhin gegen die Vereidigung des neuen Ministerpräsidenten ein und bat, die Mitglieder des Landtages, die Erklärung der neuen Regierung zu verhindern. Es seien in den letzten Tagen Dinge eingetreten, die eine weitere Klärung der Verhältnisse in Sachsen dringend erforderlich machten. Der kommunistische Abg. Sievers behauptete, die Arbeiterklasse würde es sehr gut verstehen, wenn man den Beträtern an der Arbeiterschaft keine Erklärung gibt. (Er meint damit die Erklärung des Genossen Böttcher.) Sievers betonte, daß die Kommunisten nur für eine sozialistisch-kommunistische Koalition stimmen können und daß sie das Komödienstück der bürgerlichen Parteien nicht mitspielen könnten. Die Kommunisten verstehen daraufhin zum Protest den Saal. Der demokratische Abg. Seiffert sprach sich gegen die Vereidigung aus. Eine Klärung der Verhältnisse könne allein die praktische Politik bringen, die die neue Regierung trug. Den Einspruch der Rechten wies er als nicht berechtigt zurück. Der Abg. Kaiser erklärte, daß die volksparteiliche Fraktion am Dienstag sich zwar bereit erklärt hätte, soweit zu gehen, sich auch mit der sozialdemokratischen Minderheitsregierung abfinden zu wollen unter der Bedingung, daß die Zusammensetzung die Gewähr biete, daß ein sozialistisches und kein verkapptes kommunistisches Kabinett zum Vorschein komme. Diese Bedingungen seien nicht erfüllt worden. Daher habe die Volkspartei gegen die Wahl des Ministerpräsidenten Fellisch gestimmt. Die KPD-Fraktion des Reichstages habe nun einen Vorstoß im Reiche unternommen, und unter diesen Umständen müsse die Deutsche Volkspartei ihre Haltung revidieren.

Der demokratische Abgeordnete Seyfert erklärte, daß die Volkspartei am Dienstag zwar Opfer bringen wollte, daß sie aber keine Opfer gebracht habe. Es wäre der Volkspartei möglich gewesen, die Wahl zu verhindern, doch hat sie es nicht getan. Es entspann sich darauf eine erregte Unterhaltung zwischen den demokratischen und den Abgeordneten der Deutschen Volkspartei. Als der Abg. Kaiser von einer widerlichen Komödie der Deutschnationalen und Kommunisten spricht, erhebt sich auf der äußersten Rechten und Linken ein ungeheurer Lärm. Die Deutsche Volkspartei wolle diese Komödie nicht fortsetzen. Ein Hinausschieben der Ministerpräsidentenwahl am Dienstag wäre einfach nicht in Frage gekommen.

Der deutschnationale Antrag, die Vereidigung des Ministerpräsidenten auszuweichen, wie auch der volksparteiliche Antrag auf Verlegung der Sitzung wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Demokraten abgelehnt, nachdem die Deutschnationalen und Kommunisten vorher den Saal verlassen hatten. Nach der Vereidigung des Ministerpräsidenten Fellisch wurde das Haus auf 10 Minuten vertagt. Nach der Wiedereröffnung gab der Ministerpräsident folgende Erklärung ab:

Nachdem ich meinen Eid geleistet und damit mein Amt als Ministerpräsident angetreten habe, habe ich zu weiteren Mitgliefern der neuen Regierung des Freistaates Sachsen die folgenden Herren berufen: Minister Liebmann als stellvertretenden Ministerpräsidenten und Minister des Innern, Minister Heide als Finanzminister, Minister Fleißner als Minister für Volksbildung,

Wege der deutschen Jugendbewegung.

Von Willi Birnbaum.

Unzählige Jugendbünde haben sich im Verlauf der letzten beiden Jahrzehnte in Deutschland gebildet. Ihre Grundzüge, Programme und Ziele sind für den ersten Anblick so verschiedenartig, daß es schwer scheint, sie in irgendwelchen Synthesen zusammenzufassen. Den Kundigen jedoch nimmt eine so bunte Fülle nicht wunder, ist sie doch eine Erscheinung alles vom Alten sich Loslösenden, zu Selbstständigkeit Ringenden, mit Zielstreben und Wegbahnen gepaart. Auch ist es ein großer Verstum, zu glauben, diese Jugendbünde seien nichts weiter als Rekrutenschulen dieser oder jener Parteien. Gleichwohl soll nicht verkannt werden, daß auch die Jugendverbände trotz all ihrer Selbstständigkeit in ihrer ureigensten Problemstellung Kinder unseres Zeitalters sind und ihm nur neuartigen Ausdruck verleihen. Entscheidend für ihre historische Rolle ist nicht, welchen Prozentteil der Gesamtjugend sie erfassen, sondern inwieweit sie imstande sind, auf die harrenden Zeitprobleme gestaltend einzuwirken, nicht als Jugendbewegung an sich, sondern als Wegbahnen des Kommenden. Es bleibt die wichtige Frage zu lösen, welche Wege der deutschen Jugendbewegung Menschen in Tatkraft, mit dem Willen, und Vermögen zu positiven Schaffen heranzuwachsen in der Lage sind. Ueber die eine Kernfrage müssen wir uns als die Grundlage aller künftigen Probleme klar sein: Nicht absolute Kritik, Regierung um jeden Preis, losgelöst vom Boden des Geschehens, ist's, was uns fehlt, sondern erdgebundene Weisheit positiven Willens und Könnens!

Die Frage so stellen, heißt schon den Weg verneinen, der sich nur auf das Individuum einstellt, und die Jugendbewegung als autonome Erscheinung des heutigen Gesellschaftslebens wertet. Es ist die alte, größte Verkennung der gesellschaftlich wirkenden Kräfte, zu glauben, daß das Ich allein — und sei es noch so vollkommen — die Gesellschaft zu durchsetzen, sie ethischen Prinzipien willfährig zu machen imstande sei. Zudem ist der Individualismus nicht einmal neu und in seinen ethischen Ausläufern immer an der Eigengeschichte der Wirtschaft und Gesellschaftsordnungen gescheitert. Willig obwegig gar ist das Unterfangen, das Maschinenzeitalter ignorieren zu wollen, sich in eine selbstgezimmerter Romantik zu flüchten. Eine solche Welt ist ein Kartenhaus, das der erste rauhe Windzug zerstört. Der Individualismus in seiner anderen Ausprägung mündet naturnotwendig in die Welt des Egoismus. Die Gegenwart mit ihrer Hochblüte eines nackten Eigeninteresses ist jedoch wahrlich nicht der Ausdruck eines hehren Ziels. Mit Moralpredigten, gutem Willen, edlen Seelen allerdings kommt man ihm nicht zu Leibe. Dazu bedarf es anderer Wege und Mittel.

Der "Wille zur Macht" ist das Leitmotiv anderer Richtungen in der deutschen Jugendbewegung. Menschen in Tatkraft heranzuwachsen wird von diesen mit dem Mittel frühzeitiger politischer Aktivität versucht. Die ethischen, jarten Keime in der heranwachsenden, kaum schulentwachsenen Jugend werden in solchem Rahmen erdrückt; der hohe, ideale Schwung verfliehet in der Unmündigkeit des Schlagwortes. Menschen ohne feste Ziele, bei denen nicht Wissen und Willen zur Einheit sich bilden, werden nimmermehr Männer, immer nur "Masse" sein. Die Jugend ist kein Ding an sich,

wohl aber werdende Menschheit! Werdende aber müssen erst wachsen, um "fertig" zu sein. Und das schließt hohe Verantwortung in sich sowohl für die Führer wie auch für die Organisation. Eine Jugendbewegung, die nur emig verneinende, in Oberflächlichkeit schwimmende Schlagwortmenschen, blindwütige, machtgierige Fanatiker zeugt, ist Unkraut, das nimmermehr dem Kommenden zum Segen gereicht. Dieser Weg schafft günstigenfalls Tagelöhner, die in Palastmuseen enden.

Eine Bewegung der Jugend, die Zukunft in ihrem Schoße trägt, muß mit dem Tag verknüpft, muß erdgebunden sein. Die Grundlage alles Könnens: Erkenntnis der uralten, tausendjährig verbundenen, in Wechselwirkung stehenden Kräfte! muß junge Menschenhirne erleuchten und Führer in den Wirrnissen der Zeit sein. Eine Welt des Ideals, des hohen Wollens wird sich daraus lösen. Aus enger Lebensgemeinschaft gibt es zur Volks- und Menschheitsgemeinschaft Wege zu bahnen durch Geduld und Dialekt. Mühsam ist die Arbeit. Innere Stärke muß Ausdauer und Zähigkeit wachsen und werden lassen. Tief und reich müssen die Seelen sein. Freude an aufbauendem Schaffen sollen Werdende in und mit der Gemeinschaft erringen. Aus der Enge gilt's in die Weite zu dringen. Schritt um Schritt, vom Jüngling zum Mann, denn Tat ist nicht Zerstückung, wohl aber Aufbau!

Jugendbünde, die diesen Weg schreiten, sind Träger des Werdenden: Verheißungsvolle Zukunft! Sie haben geschichtliche Mission!

Der Rosenkavalier.

Im Strauß-Zyklus der Staatsoper erlebte man eine Aufwertung des "Rosenkavalier". Nach dem psychologischen Grenzfall der Salome und der antiken Defekation eines Elektra spricht Hoffmannsthal nun den feinen Stiff für ein Pastell aus Empfindung, Humor, Idyll und Belustigung der Maria-Theresia-Zeit. Ohne Sinn für Historie schreibt Strauß schnell und elegant seinen Bolzer, der eines anderen Strauß würdig wäre, fest Szene an Szene, Musikstücke orchestrale Kultur. Alles ohne großen Einheitsbogen, mit der Zufriedenheit des Detailisten, der ruhig aus jedem Akt etwas streichen läßt, ohne dem Werk unrecht zu tun. Endlich ist auch einmal in einem Straußschen Werk so etwas wie Liebe zu spüren, und das macht auch den Mangel an einheitlichem musikalischen Stil, sowie die Preisfreiheit und Gedunsenheit vorwärtslicher, ganz und gar bürgerlich-kapitalistischer Formen und Gewohnheiten vergessen. Dieses Straußsche Orchester ist berühmt geworden und geliebt. Und wenn man sich fragt, was hinterher kam, nach 1911, so wird man sehr kleinlaut und preist den rückständigen Strauß, nicht so sehr vielleicht als Musikdramatiker, denn als künstlerischsten musikalischen Stimmungsregulator der Bühne.

Die Aufführung war glänzend. Wieder die neu aufbauende Hand Kleibers, der diesmal in keinem Mangel an konstruktivem, großartigem Dirigieren durch das Werk selber gedacht ist. Die Feldmarschallin der Kemp ist von einer Bornehmheit, Weichheit und aristokratischer Güte, daß ein Zweifel an Kopfformen fast nicht mehr übrig; sie sang im ersten Akt Weibesglück und Weibesweh und schaute sich beinahe, ihre Erkenntnis zu enthüllen. Bohnens Doh ist ein Gemisch von schau-dreister Bonhomie und aufgeputzter Grandezza. In dieser Szene, diesem letzten Spiel lauert

kein Stock-Abfweiser, höchstens ein schlechter Kerl mit einstmals guten Manieren, ein Ritter von der traurigen Gestalt, ein Falschaff und ein Rindshäuser. Bohnens Gestalt ist von einheitlichem Wurf, sein Gesang wie kein Sprechstil vorbildlich, und endlich ist dieser Doh zum Brüllen komisch. Das Orchester schillerte endlich wieder einmal in allen Farben guter Borgeit. Kurt Singer.

Der Hauptausschuß der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft hat dieser Tage eine Sitzung abgehalten, in der im Beisein des Staatssekretärs Schulz vom Reichsministerium des Innern und unter Mitwirkung der parlamentarischen Mitglieder des Hauptausschusses über die Durchführung eines kulturellen Notprogramms beraten wurde. Die Maßnahmen für die wissenschaftliche Buchproduktion, die Fragen des Ankaufs unentbehrlicher Auslandsliteratur, die Beschaffung von Apparaten sowie die Bekämpfung des Mangels an Tieren zur Aufrechterhaltung großer Forschungen im Reiche der Naturwissenschaft, wie sie vielfach auch für unsere Industrie und Landwirtschaft wie für die Volksernährung und Volksgesundheit von größter Bedeutung sind, und die Leistungen für den wissenschaftlichen Nachwuchs waren Gegenstand eindrucksvoller Ansprache. Die Verhandlung führte zur Beschlussfassung über eine Reihe von Anträgen. Beimgleich die finanzielle Lage der Notgemeinschaft als sehr bedrängt und keineswegs gesichert angesehen werden kann, so ist doch nach den Erklärungen des Reichs zu hoffen, daß die Notgemeinschaft als Zentralorganisation der gesamten Gelehrtenkörperschaften Deutschlands ihre Notstandsarbeiten weiterführen.

Von den angenehmen Dingen des Lebens. Ein Herr Ludwig Sternau, der die Bedürfnisse unserer Zeit richtig erkannt zu haben scheint, gibt gegenwärtig "Blätter für Mode und die angenehmen Dinge des Lebens" heraus, und der Prinz August Wilhelm, der ebenfalls weiß, was dem deutschen Volk heute vor allem nottut, veröffentlicht darin einen Artikel "Blumen auf dem Tisch", in dem er Ratsschlüsse für ein dekoratives Arrangement von Speisetischen erteilt, die "einem jeden ermöglichen, sich Herbstzauber mit ins Heim zu bringen".

Künftiger wäre es, wenn der verflorenen hohe Herr angeboten würde, auf welche Weise wir in den gegenwärtigen, uns durch seinen Vater besaherten "herrlichen Zeiten" ein paar Kartoffeln auf den Tisch schaffen könnten. Das wäre ein "Herbstzauber", für den die Wehrzahl der deutschen Volksgenossen empfänglicher sein würde als für die von dem hohenzollernschen Volkfreunde empfohlenen Boerenranken, Schilfkolben, Buchen-, Eichen- und Pflanzensblätter.

Am 1. Konzert der Volksbühne. am Sonntag, vormittag 1/2, 12 Uhr, im Theater am Büchsenplatz, werden Volkslieder für Sologebiet, Chorlieder und Volkslieder für Violoncello und Chor mit Begleitung der Orgel zum Vortrag gelangen. Mitwirkende: Karl Glemna, Prof. Max Saal, der Musikdirektor der Akademie für Kirchen- und Schulmusik unter Leitung von Karl Thiel.

Die Galerie Goldschmidt-Walkerstein, Schöneberger Wer 26a, zeigt neue Aquarelle von Max Klaus, Berlin, und zum ersten Male Arbeiten von Alfred Malau, Lübeck.

Tollers Wandlung! spricht Ernst Friedrich am 1. November, 8 Uhr, in der Oper, Röntgen Str. 26.

Minister Neu als Justizminister, Gewerkschaftssekretär Eisner als Arbeitsminister. Sämtliche Herren haben sich zur Annahme des Amtes bereit erklärt. Ueber die Neubesetzung des Wirtschaftsministeriums sind die Verhandlungen noch nicht zum Abschluß gekommen, ich werde deshalb vorübergehend die Leitung des Ressorts selbst übernehmen."

Zum Schluß teilte der Ministerpräsident dem Hause mit, daß die neuen Minister bereits den Eid auf die Reichs- und Landesverfassung geleistet haben. Die nächste Sitzung wurde auf Dienstag, den 6. November, nachmittags 1 Uhr, mit folgender Tagesordnung anberaumt: 1. Regierungserklärung; 2. Aussprache über diese Regierungserklärung; 3. Beratung und Abstimmung über den parteipolitischen Antrag auf Auflösung des Landtages. (Dieser Antrag könnte bei vollzähliger Anwesenheit der Abgeordneten mit 48 sozialistischen und demokratischen Stimmen gegen 48 deutschnationale, volksparteiliche und kommunistische Stimmen abgelehnt werden. Red.)

Zwei Ablehnungen.

Dresden, 1. November. (Eigener Drahtbericht.) Der als Wirtschaftsminister in Aussicht genommene Reichstagsabgeordnete Genosse Krähig sowie der als Arbeitsminister aufgestellte Landtagsabgeordnete Genosse Graupe haben ihre Berufung abgelehnt.

Die Streikenden werden ausgesperrt.

Dresden, 1. November. (Eigener Drahtbericht.) Der Generalsekretär hat in einzelnen Teilen Sachsens zu schroffsten Vorgehen gegen die Arbeiterschaft geführt. In Chemnitz sind ungefähr neun Zehntel der Streikenden nicht wieder eingestellt worden. In Werdau wurde die Waggonfabrik von Militär besetzt, um den Wiedereintritt der Arbeiter zu verhindern. Auch in den Dresdener Betrieben wurde ein Teil der Arbeiterschaft nicht wieder eingestellt. In Zwickau sind die Arbeiter der Eisenbahnwerkstätte, die der Streikparole Folge leisteten, ausgesperrt worden, während die Syndikalistinnen und Unionisten, die den Streik nicht mitmachten, weiterarbeiten.

Die Reichswehr schießt — 15 Verwundete.

Dresden, 1. November. (WIZ.) Das Reichswehrkommando 4 teilt mit: Bis zum 1. November wurde von der Reichswehr die Gegend Bolzgrün-Isersgrün und die Linie von Schöppigen-Oberlichtenau-Flöha erreicht. In Großenhain wurde am 30. Oktober ein Kommando von vier Reichswehrranggehörigen, das einen Verhafteten zum Amtsgericht führen sollte, auf dem Markt von einer Menge umringt und mißhandelt. Die Polizei alarmierte das Wachtkommando des Reiterregiments 12, das sofort in die Stadt rückte, das Kommando besetzte, die Straßen säuberte und die Ordnung wiederherstellte. Da die Menge den Anordnungen der Truppe nicht Folge leistete, wurde bestimmungsgemäß von der Schußwaffe Gebrauch gemacht. 15 Personen wurden verwundet. In der Nacht vom 31. Oktober zum 1. November wurden auf die Kasernen in Großenhain einzelne Schüsse abgegeben. Ausgesandte Streifen kehrten zurück, ohne die Täter ermittelt zu haben.

Schärfste Mißbilligung des Disziplinbruchs.

Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion nahm in ihrer Sitzung vom 1. November abends mit großer Mehrheit folgenden Antrag des Fraktionsvorstandes an: „Die Reichstagsfraktion der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands spricht dem Genossen Rosenfeld und der Genossin Wurm, weil sie in der Endabstimmung über das Ermächtigungsgesetz sich gegen den ausdrücklichen Beschluß der Fraktion trotz Anwesenheit im Reichstag an der Abstimmung nicht beteiligt haben, die schärfste Mißbilligung aus.“

KPD. und Einheitsfront.

Genosse Künstler schreibt uns: Der Vormarsch der Reaktion und die allgemeine Notlage haben den Gedanken der proletarischen Einheitsfront neu belebt. Diese Stimmung ausnützend ruft die kommunistische Partei täglich nach der Einheitsfront. Kommt es aber zu Verhandlungen, so zeigt sich immer wieder, daß die Einheitsapostel an nichts anders denken als an Intrigen zur Förderung ihrer eigenen parteipolitischen Zwecke. Die Angriffe auf die Vertreter der KPD. in der „Sturmflut“ sowie die entstellenden Berichte über den Verlauf der Verhandlungen zwingen zu sogenannter Klarstellung. Die Behauptung des letzten politischen Rundschreibens der kommunistischen Zentrale vom 25. Oktober d. J., nach der „die linken KPD.-Führer“ in Berlin das Zustandekommen eines dem Kampf vorbereitenden Aktionsausschusses verhindert haben sollen, ist falsch. Vielmehr zogen die Kommunisten die von ihnen selbst anerkannten Forderungen zurück. Am 13. Oktober hatten die Vertreter der KPD., U.S.P., K.P.D. und die Vertreter der Gewerkschaftskommission sich auf folgende Richtlinien für eine zu bildende Arbeitsgemeinschaft vereinigt:

Ablehnung des Faschismus, Verteidigung des Achtstundentages und der anderen Grundrechte der Arbeiterklasse, Schutz der Republik und ihrer Verfassung gegen jeden Angriff der Reaktion und die Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Rechte der Arbeiterklasse. Dieser Kampf ist mit allen geeigneten Mitteln zu führen.

Diese Richtlinien sollten den verschiedenen Körperschaften unterbreitet und zur Annahme empfohlen werden und in der nächsten Sitzung sollte dann die endgültige Formulierung erfolgen.

In der Sitzung vom 22. Oktober erschienen zum ersten Male Ruth Fischer und gab die Erklärung ab, daß die Kommunisten an weiteren Verhandlungen kein Interesse hätten, wenn nicht in der Proklamation der zu bildenden Arbeitsgemeinschaft die Forderung zum Generalsekretär zur Unterstützung der sächsischen und thüringischen Genossen enthalten sei. Als ich die Kommunisten darauf aufmerksam machte, daß ein Generalsekretär nur in Übereinstimmung mit den sächsischen Genossen und den Zentralfunktionären von Partei und Gewerkschaften eingeleitet werden kann, zeigten sie dafür kein Verständnis. Weder Sozialdemokraten noch Gewerkschaften lehnten den Generalsekretär unter allen Umständen als Kampfmittel ab. Ich aber als ein Altheilmittel zu empfehlen, zeuge wenig von taktischer Einsicht. Wiederholt wurden die Kommunisten aufgefordert, sich zu den Richtlinien zu bekennen, die sie selbst anerkannt hatten, und in denen es heißt: „Der Kampf ist mit allen geeigneten Mitteln zu führen.“ Das lehnten sie ab. Nach mehrstündigem Verhandeln wurde dann die Sitzung auf den 23. Oktober vertagt. Hatten aber die Kommunisten tags zuvor den Generalsekretär zur Unterstützung der sächsischen und thüringischen Genossen verlangt, so forderten sie jetzt den Generalsekretär schlichtweg „zur Eroberung der politischen Macht“. In jeder Sitzung steigerten sie ihre Ansprüche, um — darauf ging es hinaus — jede Verständigung unmöglich zu machen, um dann vor die Arbeiter treten zu können mit der Erklärung: „KPD. und Gewerkschaften sind die Verräter, sie sabotieren die Einheitsfront.“ — Auf meine Frage, warum man nicht an

Kahr-Knilling befehlen: Mobilisation!

Ueber die Rolle, die die Regierung Kahr-Knilling in dem Ausmarsch zum Bürgerkrieg an der thüringischen Grenze spielt, läßt ein Aufruf des Kommandos des Jungdeutschen Sturmregiments auf, der in allen bürgerlichen Blättern Coburgs erschien. Er lautet:

„Die bayerische Regierung hat Teile des Jungdeutschen Sturmregiments ausgerufen. Weitere Aufrufe erfolgen in den nächsten Stunden. Wir müssen von den Arbeitgebern Coburgs und Umgebung erwarten, daß sie unsere Ordensbrüder sofort zur Erfüllung ihrer vaterländischen Pflicht freigeben. Wir machen darauf aufmerksam, daß die bayerische Regierung verfügt hat, der Ausübung der bayerischen Wehrpflicht keinerlei Schwierigkeiten in den Weg zu legen. Von allen Arbeitgebern müssen wir erwarten, daß sie nicht nur die Stellen der Ausgerufenen freihalten, sondern daß sie im Hinblick darauf, daß die Ausgerufenen eine vaterländische Pflicht erfüllen, wo es irgend möglich ist, auch die Gehälter weiterzahlen.“

Dem Aufruf entspricht das Auftretender Bandenführer. Ueberall gehen sie die Unterstützung der amtlichen Stellen. So werden die „Einberufenen“ in Coburg in der Kaserne der ehemaligen 5er, in der jetzt Landespolizei liegt, eingekleidet. Das Hauptquartier des Grenzscharführers Nord befindet sich im Amtsgerichtsgebäude der Neustadt, das eine Zeilang die Hakenkreuzfahne trug. Auf Einspruch beim Staatskommissar wurde sie durch eine schwarzweiße Fahne ersetzt. Jungdo-Männer, die dem Gestellungsbefehl nicht sofort nachkommen, werden zwangsweise, zum Teil sogar mit Unterstützung der Gendarmerie rekrutiert. Daß der Ausmarsch zum Bürgerkrieg noch keineswegs beendet ist, sondern ernstlich fortgesetzt wird, geht aus verschiedenen Anzeichen hervor. So richtete ein Beamter in Burgundstadt am 26. Oktober an den Baron v. Thüngen in Erlangen folgendes Schreiben:

„In Anbetracht der Notwendigkeit und Dringlichkeit erlaube ich um beschleunigte Anforderung und Lieferung. Ich kann die Sachen auch mittels Auto holen lassen. Ich erwarte weiteren Bescheid.“

Laut den Abmachungen bei der Führerversammlung in Biebertal stellten die Bezirksgruppen von Bayern und Reich Burgundstadt und Weismain eine eigene Kompanie zusammen. Nach den bis jetzt vorliegenden freiwilligen Meldungen zählte die Kompanie über 200 Mann.

Um die Kompanie federnmäßig auszurüsten zu können, ist folgendes dringend notwendig: 250 Uniformen mit Mänteln usw., 250 Gewehre, 250 Seitengewehre, 250 Koppel mit Patronentaschen, 250 Tornister, 250 Brotbeutel, 250 Stahlhelme, 250 Eßgeschirre, 500 Verbandspäckchen, 1 Sankt (unserlich), 1 Feldbüchse, Gewehrmunition. R.-G.-Munition, Spaten und Beile, 3 Rinnenwerfer mit Minen, Handgranaten, Scherenfernenrohre, Feldstecher, 2 Fernsprechapparate, Zeitungsbrot mit Isolierband, 2 Blinkapparate.“

Am 30. Oktober erschien im „Neustädter Tageblatt“ folgendes Inserat:

den anfangs erzielten Ergebnissen festhalte, erklärte Ruth Fischer, die Zentrale habe den von den Berliner Kommunisten getroffenen Abmachungen nicht zugestimmt.

Trotz unseres erneuten Appells erklärten die Kommunisten, kein weiteres Interesse mehr an den Einigungsoverhandlungen zu haben. Wenn sie jetzt von der „Sabotage der KPD-Führer“ sprechen, so mögen die Berliner Arbeiter in den Betrieben diese meine Darstellung ihnen entgegenhalten. Solange die Kommunisten die Frage der Einigung des Proletariats nur, um mit Brandier zu reden, als eine bloße Einheitsfront-„Taktik“ ansehen, um dabei für die KPD. als Partei Erfolge zu erschießen, ist ihr Ruf nach Einigung des Proletariats weiter nichts als eine Unehrlichkeit.

Echhardts Helfer werden entlassen.

Zu dem Verfahren gegen die Fluchthelfer des Kapitäns Echhardt sind außer dem Ehepaar v. d. Busche-Lohse jetzt auch der Kaufmann v. Studnitz und der Student Anders, die beide unter dem Verdacht der Beihilfe zu dem Fluchtunternehmen seit längerer Zeit inhaftiert waren, gegen Stellung einer Kaution aus der Haft entlassen worden. Die Gastenlassung Ossjow v. Prince wurde abgelehnt, da dessen Bruder Nassow v. Prince, einer der Hauptbeteiligten an der Verletzung Echhardts, noch immer flüchtig ist.

Schiedspruch für das Bankgewerbe.

Nach zehntägiger Verhandlung fällt am gestrigen Donnerstagabend der Schlichtungsausschuß für das Bankgewerbe im Arbeitsministerium folgenden Schiedspruch: Für die laufende Gehaltswoche (24. Oktober bis 4. November) ist am Sonnabend, den 3. November der 2/3fache Betrag der geforderten für die Vorwoche festgesetzten Gehälter auszuführen. Kann die Zahlung aus technischen Gründen erst an einem späteren Tage erfolgen, so ist sie entsprechend auszuwerten. Die Ueberstundenlöhne für die beiden letzten Wochen betragen 1/10 der jeweiligen Wochenanzahlung. Für den Monat November beträgt die Haushaltszulage 75 Milliarden Mark, Kinderzulage 150 Milliarden für jedes Kind. Den Parteien wird ausgetragen, über den Antrag der Arbeitgeberseite auf eine weitere Differenzierung der Gehälter und über den Antrag der Arbeitnehmer auf Einführung von Goldlöhnen in unmittelbare Verhandlungen einzutreten. Die Parteien haben sich bis zum Sonnabend mittag über Annahme oder Ablehnung des Schiedspruches zu erklären.

Angestelltengehälter in der Metallindustrie.

Für die U.S.P.-Betriebe wurde gestern folgender Schiedspruch gefällt:

1. Der Oktoberbruttogehalt wird auf 350 Septemberbruttolohnen bemessen. Bis am 2. bzw. 3. November zur Auszahlung gelangenden 60 Septemberbruttolohnen gelten als Abschlagszahlung auf das Oktoberentkommen. Am 5. oder 6. November erfolgt eine weitere Abschlagszahlung auf das Oktoberentkommen, und zwar in solcher Höhe, daß zusätzlich familiärer geleisteter Vor- und Abschlagszahlungen auf das Oktoberentkommen einschließlich Brotzuschüssen lediglich ein Betrag übrig bleibt, der zur Deckung des Steuerabzuges und der sozialen Abzüge ausreicht.

2. Es wird den Parteien ausgetragen, in Beratung über den Aufbau eines Gehaltsstabes in Goldwert einzutreten, und zwar bis möglichst 10. November.

Die Parteien erklären sich bis Sonnabend. Die Versammlung der U.S.P.-Funktionäre stimmt dem Schiedspruch zu.

Der hessische Landtag ist auf den 6. November einberufen worden.

Grenzschar Nord. — Unterabschnitt 1. Die Kompanie Neustadt der politischen Wehrmacht braucht dringend alte feldgraue Uniformstücke (Feldbüchsen, Hosen und Mäntel), ferner Ausrüstungsstücke wie Koppel, Patronentaschen, Brotbeutel, Feldbüchsen, Handtücher, ferner Eßgeschirre aus Blech, Löffel.

Ich bitte die Bürgerschaft, uns durch Zuwendung dieser Art zu unterstützen. Abgabe in der Kompaniegeschreibstube, Amstgerich 1, Zimmer Nr. 5. Klinggsch, Oberleutnant und Abteilungsführer.

Dieser Klinggsch ist ein nationalsozialistischer Sturmtruppenführer aus München, der nunmehr an die „Front“ veretzt und bei der Aufstellung des Jungdeutschen Regiments in Coburg tätig ist.

Ist die Reichsregierung angesichts dieser Tatsachen noch immer der Meinung, den Konflikt mit Bayern auf dem Verhandlungswege aus der Welt schaffen zu können? Und wenn nein, gedenkt sie sich dem Diktat, das ihr die bayerische Regierung offenbar unter Androhung von Waffengewalt aufzuzwingen versucht, zu beugen, oder ist sie gewillt, endlich Maßnahmen zu ergreifen, die geeignet sind, die bayerischen Umstürzler zur Selbstbesinnung zu bringen?

Hitler unzufrieden.

München, 1. November. (Eigener Drahtbericht.) In der letzten Hitler-Versammlung, zu der die Leute von den Lokalen der verbotenen Versammlungen mit Lastautomobilen in den Zirkus Krone geholt wurden, befassten sich mehrere Redner auch mit der Diktatur Kahr. Den Auftakt gab Esser mit folgenden Sätzen: „Außerhalb Bayerns glaubt man, Herr v. Kahr sei ein brutaler Diktator; wer aber näher hinsieht, weiß, daß nichts daran ist. Es geschieht heute so wenig wie früher. Die Maßnahmen der Diktatur, abgesehen von den Nadelstichen gegen unsere Bewegung, sind kläglich. Wie lange aber soll das Volk noch warten, wann endlich soll die wahre Diktatur beginnen?“ Eingehend behandelte dann Adolf Hitler das Thema. Er gab auch eine Art Antwort auf die letzte Frage Essers: „Ich habe mich,“ so sagt Hitler, „vor 5 Wochen dem System Kahr deswegen nicht angeschlossen, weil ich wußte, daß es zusammenbrechen würde. Eine Diktatur für Bayern allein muß vor Berlin kapitulieren. Die Zeit wird das beweisen, wenn nicht in letzter Minute eine Wandlung eintritt. Das bisherige Ergebnis der Kahr'schen Diktatur ist bitter: als Neutruer stehen wir da, die wir Deutschland helfen wollten. Soll das das Ende der deutschen Freiheitsbewegung sein, daß man uns hier abwürgt? Damit das nicht geschieht, wollen wir, daß endlich die Diktatur für das Reich ausgerichtet wird. Bayern wird in Berlin verteidigt. Wenn nicht in letzter Minute der große Wurf gelingt, wird weder Bayern noch Deutschland frei. Für mich ist die deutsche Frage erst dann gelöst, wenn die schwarzweißrote Hakenkreuzfahne vom Berliner Schloß weht. Daß die Stunde gekommen ist, fühlen wir alle, und deshalb werden wir uns ihrem Gebote nicht entziehen.“

Wirtschaft

Der letzte Stoß!

Die Mark scheint rettungslos verloren zu sein. In New York wurde die Mark gestern bei Börsenschluß mit 333,3 Milliarden Mark angeboten, und man bezahlte bis 500 Milliarden Mark für den Dollar. Die an der Berliner Börse künstlich niedrig gehaltenen Kurse spiegeln, wie schon die krankhaften Zudungen des Goldkurses zeigten, die tatsächliche Bewertung der Mark im Auslande nicht mehr. Ein neuer Zusammenbruch der Mark ist im Gange und man kann jetzt nur noch hoffen, daß das der letzte Stoß ist und daß man endlich aus diesem Wirrwarr den einzig möglichen Schluß zieht, den Uebergang zu einer neuen Währung mit allen Mitteln zu beschleunigen.

Das panikartige Steigen der Warenpreise, das wieder eingetreten ist, das Verschwinden der Ware von den Lebensmittelmärkten, die neue Verschärfung der sozialen Notlage der breiten Massen sind Alarmzeichen, die in ihrer Wirkung nicht unterschätzt werden dürfen. Der Wert des Arbeitslohnes, der heute noch größtenteils in Papiermark ausgezahlt wird, ist mit einem Schlage zusammengeschrumpft auf Bruchteile der Kaufkraft, die er noch vor drei Tagen hatte. Das deutsche Volk macht eine Hungertour durch, wie sie in der Geschichte der Kriegs- und Nachkriegszeit noch nicht dagewesen ist.

Unter diesen Umständen fordern wir von der Reichsregierung, daß sie mit aller Entschiedenheit gegen das Währungsleiden ankämpft. Wenn sich alle Kreise jetzt immer mehr von der Papiermark abwenden, so bleibt eben kein anderer Weg mehr, als den Uebergang zu den neuen Zahlungsmitteln und die Vorbereitung der echten Goldwährung auf das äußerste zu beschleunigen und endlich einmal den langatmigen Ankündigungen Taten folgen zu lassen, die das Volksganze vor der Gefahr des Verhungerns schützen. Nie lag es uns ferner, als jetzt, im Augenblick der neuen Katastrophe, die Schwierigkeiten des Uebergangs zu unterschätzen. Aber man bezieht sie nicht, indem man neue Trillionen von Papiermark in den Verkehr pumpst und aus unbekanntem Gründen die Ausgabe wertbesitzenden Geldes fortgesetzt verzögert oder es nur ganz langsam in den Verkehr gibt, sondern dadurch, daß man die beschlossene Ueberleitung zur Goldwährung nun auch mit einem festen Entschluß zu Ende führt, nachdem es immer mehr erkennbar wird, daß die Papiermark nicht aufrechterhalten werden kann. Die ungeheure Besteuerung der breiten Massen, die durch ihren Verlust an Kaufkraft eintritt, ist jetzt gänzlich unerträglich, nachdem große Bevölkerungsschichten nicht mehr wissen, wie sie ihr Brot kaufen können. Die soziale Not muß die politische Krise noch gewaltig verschärfen, wenn nicht schleunigst eine Erleichterung geschaffen wird.

Das Verbot der industriellen Verarbeitung von Kartoffeln, soweit sie nicht selbst angebaut sind, ist bis zum 15. November verlängert worden, um die Versorgung der Bevölkerung mit Speisefartoffeln zu fördern.

Devisenkurse. Unserer gestrigen Kurstafel ist noch nachzutragen: 1 finnische Mark 8 501 Millionen Mark Geld, 8 600 Millionen Mark Brief; 1 japanische Yen 64 898 Millionen Mark Geld, 65 162 Millionen Mark Brief; 1 österreichische Krone 1 888 Millionen Mark Geld, 1 805 Millionen Mark Brief; 1 tschechische Krone 3 950 Millionen Mark Geld, 3 970 Millionen Mark Brief; 1 ungarische Krone 7 400 Millionen Mark Geld, 7 520 Millionen Mark Brief; 1 bulgarische Leva 1 247 Millionen Mark Geld, 1 258 Millionen Mark Brief; 1 jugoslawischer Dinar 1 806 Millionen Mark Geld, 1 804 Millionen Mark Brief.

Zahlungsmittelmangel - Notarbeitsvertrag.

Der Ausbau des Berliner Westhafens.

Zu einer lebhaften Erörterung führte gestern zunächst der auch von den Kommunisten unterstützte Dringlichkeitsantrag unserer Genossen: den Magistrat zu ersuchen, bei der Reichsbank dringend dahin vorstellig zu werden, daß die nötigen Zahlungsmittel zur Auszahlung der Unterstühtungen an Erwerbstlose, Sozial- und Kleinrentner, sowie an Wohlfahrtsunterstützungsempfänger schnellstens beschafft werden.

Schuld sei der Mangel an jeder Voraussicht der Reichsbank, die einerseits heute noch Scheine zu 2 Millionen drucken lasse, andererseits die höchsten Werte, 50- und 100-Milliarden-Scheine, in einfachem Buchdruck herstellen lasse, so daß sie binnen einer halben Stunde mit größter Leichtigkeit nachgemacht werden könnten.

Mißstand, der durch von den Arbeitgebern verursachte Umständenlichkeiten verschuldet sei, werde vom 1. November ab durch ein neues vereinfachtes System ein Ende bereiten. Ferner teilte er mit, daß in der letzten Woche die Zahl der Arbeitsuchenden auf 195 300, die der Erwerbstlosenunterstützungsempfänger auf 131 500, der Kurzarbeiter auf 103 029 ermittelt worden ist.

Der Entwurf eines Ortsgesetzes zur Vorbereitung des Beamtenabbaues ging auf Antrag des Gen. Dr. Lohmann an einen Ausschuss.

Am 14. Juni d. J. hatten die Deutschnationalen Einsetzung eines Ausschusses zur Prüfung des zwischen dem Magistrat und den freien Gewerkschaften sowie dem KfV-Bund abgeschlossenen

Notarbeitsvertrages

beantragt. Dieser Ausschuss hat am 10. Oktober beschlossen, der Versammlung vorzuschlagen, den Magistrat zu ersuchen, an die Gewerkschaften der Tisch-Dumckerischen und der christlichen Richtung als gleichberechtigte Tarifkontrahenten heranzutreten, um ihnen den Beitritt zum Notarbeitsvertrag anzubieten.

Dorau möchte die Versammlung zunächst in den Vorstand des Verwaltungsausschusses der Genossen Hah und Dethleffen (Dnat.) und in den Aufsichtsrat der Berliner Behr- und Beschäftigungswertstätten für Kriegsbeschädigte G. m. b. H. die Genossen Reich und Patzkow, Frau Hausler (Dnat.) und Müller-Trankon (WPB).

In der weiteren Aussprache über den Notarbeitsvertrag sprach sich Sellheim (Komm.) gegen den Vertrag aus. Tischlerobermeister Pöth (Dnat.) drohte den Vertretern der freien Gewerkschaften, eventuell von der im Vertrage vorgesehenen Kündigungsklausel in geeigneter Weise Gebrauch zu machen, wenn sie nicht selbst einlenkten.

gebe aber den freien Gewerkschaften die alleinige Entscheidung über den Begriff „Notstandsarbeiten“ und ein unbedingtes Vortrecht. Stadtrat Genosse Kohlenzer wiederholte die Erklärung, daß der Magistrat nichts dagegen habe, daß auch die genannten Organisationen analoge Verträge abschließen; sie brauchten nur zu kommen.

Dr. Caspari (DWP.) nahm dann zur Vorlage betreffend die Erweiterung des Westhafens

das Wort, um Ausschuhberatung zu beantragen, sobald aber auch, um Protest gegen die Willkür des Magistrats zu erheben, der, ohne die Verksamung zu fragen, die Bauarbeiten des ehemaligen Johannistifts bereits habe räumen lassen und diese dem neuen Hafenaufbau opfern wolle, was gerade bei der herrschenden Wohnungsnot sehr zu beanstanden sei.

Der Oberbürgermeister Böß war über diesen unerwarteten Widerspruch aufs äußerste erstaunt. Ueber Einzelheiten der Ausführung lasse sich ja reden, aber über das große Projekt selbst mit seiner wirtschaftlichen und sozialen Perspektive sollte man doch einer Meinung sein. Stadtmédizinalrat Genosse Dr. Rabnow zerstreute die wegen Inanspruchnahme des Johannistiftes bezüglich der jetzt dort untergebrachten Hospitalkinder erhobenen Bedenken.

Schluß gegen 10 Uhr.

Die Postgebühren ab 5. November.

Die wesentlichsten Gebühren, die vom 5. November im Post- und Postfachverkehr innerhalb Deutschlands gelten, sind folgende: Postkarten im Ortsverkehr 200 Millionen. Briefe im Ortsverkehr bis 20 Gramm 500 Millionen, über 20 bis 100 Gramm 600 Millionen, über 100 bis 250 Gramm 1 Milliarde, über 250 bis 500 Gramm 1 200 Millionen. Postkarten im Fernverkehr 500 Millionen, Briefe im Fernverkehr bis 20 Gramm 1 Milliarde, über 20 bis 100 Gramm 1 400 Millionen, über 100 bis 250 Gramm 1 600 Millionen, über 250 bis 500 Gramm 1 800 Millionen.

Amerika hilft den deutschen Kindern. Nach einer TL-Meldung aus New York haben bekannte Bürger des mittleren Westens einen Ausschuss gegründet, um Geld zu sammeln für die bereits gemeldeten Speisung von 2 Millionen Kindern in Deutschland von Anfang November bis April. Die Kosten betragen 5 490 000 Dollar, wozu Deutschland etwas beisteuert.

Papiergeld ist Zahlungsmittel!

Nach einigen uns zur Kenntnis gekommenen Fällen scheint in gewissen Kleinhandlertreuen die Meinung zu bestehen, angesichts der soeben wieder eingetretenen großen Marktentwertung die Annahme von Papiergeld als Zahlungsmittel abzulehnen. Wir machen deshalb die Hausfrauen und sämtliche Konsumenten darauf aufmerksam, daß alle in Umlauf befindlichen auf Mark lautenden Banknoten nach wie vor gefehliche Zahlungsmittel sind, und daß sämtliche Kleinhändler infolgedessen verpflichtet sind, die Noten in Zahlung zu nehmen.

Die wertbeständigen Stadtkassenscheine.

die soeben in den Verkehr gesetzt sind, werden sämtlicherseits vor allem auch bei der Bezahlung der Beamten-, Angestellten- und Arbeiterbezüge sowie von Rechnungen Verwendung finden. Weitere Stadtkassenscheine gelangen in den nächsten Tagen auf den Markt. Nochmals wird die Öffentlichkeit darauf hingewiesen, daß diese Stadtkassenscheine laut strengster Anordnung der Reichsregierung stets in voller Höhe durch die städtischen Kassen hinterlegt Goldanleihe gedeckt bleiben müssen.

Nun auch noch Postnotgeld!

Wir haben offenbar noch nicht genug Notgeld. Weil die Reichsbank den Wettkampf mit der Entwertung der Mark längst aufgegeben hat, muß auch die Oberpostdirektion Berlin zu dem jetzt allgemein üblich gewordenen Hilfsmittel greifen; sie teilt mit, daß sie zur Behebung der Zahlungsmittelnote durch das Postfachamt Zahlungsanweisungen in Einzelskuden von 10, 20, 50 und 100 Milliarden hat anfertigen lassen. Die an die Beamten und Arbeiter usw. bei Zahlung der Bezüge als Ersatz für fehlendes Reichsgeld ausgegeben werden sollen. Ausnahme weise sollen die Zahlungen auch zu Zahlungen an die Bevölkerung verwendet werden.

Wieder neue Gas- und Kohlenpreise.

Das Nachrichtenamt der Stadt Berlin teilt mit: Nach dem amtlichen Dollarkurs vom 1. November in Verbindung mit dem am 1. November erfolgten Einführung der Goldfrachten stellen sich die Preise für Gas und Kohle ab 2. November wie folgt: Küchen- und Dienbrandbriketts, ab Lager 82 610, frei Keller 84 910 Millionen, Gaskoks ab Lager 181 870, frei Keller 184 520 Millionen, bei fuhrtenweiser Lieferung Küchen- und Dienbrandbriketts, ab Lager 82 610, frei Keller 84 590 Millionen, Gaskoks, ab Lager 181 870, frei Keller 184 170 Millionen.

Copyright Georg Mäler, München.

Die Lofotfischer.

Roman von Johan Bojer.

Lars kam es vor, als würden alle Männer an Bord einander ähnlich. Sie standen alle auf einem Fleck und sahen dasselbe, sie dachten an dasselbe, alle Gesichter waren nur noch Wind und Wetter, Himmel und Meer, sie wurden einander mit jedem Tage ähnlicher.

Nur der Bootsführer stand von frühmorgens, wenn sie ausfuhren, bis abends, wenn sie vor Anker gingen, wach und aufmerksam am Steuer. Nahm er mitten am Tage einen Bissen zu sich, so führte er ihn mit der freien Hand zum Munde und bis ab, ohne zu ahnen, was er eigentlich aß, während die andere Hand das Steuer hielt und die Augen blitzschnell von der Tafelagge zu den Wellen glitten.

Und die Zeit geht hin. Grau sind die Tage, grau ist das Meer, grau sind die fahlen Berge und grau auch die Wellenschichten, die die Berggipfel umwirbeln. Die Räden in der Luft über den Booten sind weiß, aber Scharen von schwarzen Scharen heben sich schattenhaft und fliegen unter heiserem Gekreis dem Meere zu. Einige rotgestrichene Häuser drängen sich im Schutze einer Insel zusammen, dann sieht man meilenweit wieder nur Meer und Berge.

Aber die auf dem Meere segeln, wissen, daß Fjorde in das Land einschneiden mit bewaldeten Hängen und Höfen am Strande, und aus diesen Fjorden steuert jetzt ein Segel nach dem anderen heraus und wendet sich nach Norden wie die anderen. Und hinter ihnen bleibt die graue Küste mit all den

Banken und Krämmern, vor denen die Fischer beben müssen, wenn sie diesmal nicht genau die Stellen finden, wo die Dorschzüge entlangziehen.

Eines Morgens aber, als sie nördlich von Helgeland vorüberfuhren, machte Lars große Augen. Er sah ein Boot an einer Landspitze vorbeifahren, das anders war als die Lofotboote, die er bisher gesehen hatte.

„Nein, seht den da!“ sagte er und wandte sich zu Raneles. „Ja, hast du noch kein Boot gesehen?“ sagte Arnt Aasan und konnte nicht begreifen, was Merkwürdiges daran sei.

„Ja, das ist das Nordlandsboot,“ sagte Raneles, „es ist an sich ganz gut, aber mit uns kann es nicht um die Wette fahren.“

Lars starrte noch immer hinüber. Es war kleiner als das Staböringer Boot, hatte aber kein Topsegel, auch schwang der Bootsführer nicht im Stehen die Steuerpinne, sondern saß ruhig auf der Bank, das Steuer in der Hand. Aber das ganze Boot war so schön und zierlich gebaut, es flog dahin, als könne es sich jeden Augenblick emporheben und fliegen wie ein munterer Seewegel.

Drei Tage lang mußten sie in Boddö überliegen, und jetzt waren von der „Robbe“ alle an Land außer Arnt Aasan. Er war so mitgenommen von allem, was er in der letzten Zeit durchgemacht hatte, daß er Ruhe brauchte, wenn er überhaupt wieder Mensch werden sollte, und nun lag er da und zitterte, so oft er das Gejohle all der betrunkenen Seeleute in dem Hafentort hörte.

Später am Abend kam Elezeus hylia hereingetrochen, er roch nach Brantwein, begann aber von Jakob zu erzählen: ja, der, hehehe. Jetzt hatten sie ihn wohl wirklich totgeschlagen.

„Bist du verrückt, Mensch?“ Ja, es war in einer Kneipe vor sich gegangen, und er selbst sei nur froh, daß es ihm gelungen sei, sich fortzuschleichen, ehe die Polizei kam. Es seien Bergener gewesen, mit denen der Jakob, der Schwereuot mit dem Kurzfuß, sich entzweit hatte.

Damit legte Elezeus sich schlafen. Einer nach dem anderen kamen auch die übrigen an Bord, und Kristaver ging etwas unsanft mit Raneles um: er öffnete die Kambüsentür und beförderte ihn kopfüber auf die Britsche.

Jetzt waren alle da außer Henrik Rabben. Spät in der Nacht erst kam er zum Hafen hinunter, aber er ging mit schweren Schritten, denn er trug Jakob auf den Schultern.

Es war stockfinster am nächsten Morgen, als Kristaver die anderen weckte; Unwetter war noch immer, aber jetzt wollte er fort, er hatte keine Lust, noch länger hier zu liegen und zu warten.

Während sie einen Schluck Kaffee tranken, erzählte Elezeus von Jakob, aber Kristaver antwortete, der Schwereuot mit dem Kurzfuß sei so oft schon totgeschlagen worden, daß sie deshalb hier nicht liegen bleiben könnten.

Große Dampfer und Schuten schaukelten mit ihren Bo- tern im Sturm, als die „Robbe“ mit stark gerostetem Segel in die Finsternis hinausfuhr. Die Männer an Bord wußten, daß es wahnsinnig war, da nicht einmal die Dampfer abzufahren wagten. Über Kristaver auf See einen Rat zu geben, dazu hatte keiner Lust.

Die Lichter des Hafens schwanden im Nebel, die „Robbe“ ritt bald auf mächtigen, weißschäumenden Wellen, von Holmen und Schären sprühte der Gischt himmelhoch auf. Die Südwestwinde mußten unterm Rinn festgebunden werden, damit sie nicht fortjagen, ein Höllenlärm ging von Meer, Brandung und Sturm aus, die Männer auf dem Vordersteck schöpften unermüßlich, während Sturzseen über Bord schlugen, alle schöpften außer dem Mann am Steuer, dessen von Meerwasser triefendes Gesicht Wind, Segel und Wellen beobachtete.

Im Lauf des Tages, als das Schneegestöber nachließ, steuerten sie mit Gischt und Schaum um Segel und Boot in den Hafen von Gröttinga hinein. Das ist die letzte Station, bevor man nach dem Lofot kommt, jetzt ist nur noch der Westfjord zu überqueren, aber das ist auch eine Sache für sich.

Viele Leute standen an Land und blickten diesen Unwettervogel an, der ganz allein vom Meer hereinkam. Die Männer an Bord sahen aus wie Gelpenster, mit weißen Bärten, Haaren und Augenbrauen, und unter den Erwachsenen war ein Knabengestalt, das triefend naß war, von Tränen oder von Meerwasser.

(Fortsetzung folgt.)

Gutsbesitzer und Gutsarbeiter.

Was in Mecklenburg ein Menschenleben wert ist.

Vor einigen Tagen hatten wir auf die Unmöglichkeit eines Zustands hingewiesen, der es zu erlauben scheint, daß ländliche Besitzer auf stehende Felder ohne weiteres schießen und sie töten dürfen.

In dem mecklenburgischen Dörfchen Starow fand eine entsetzliche Bluttat vor dem Schwurgericht in Güstrow i. M. ihren Abschluß.

Volkstrot und Jugend.

Das Zentralwohlfahrtsamt, Stadtrat Hingé, das Jugendamt der Stadt Berlin, Stadträtin Wehl, die Berliner Vereinigung für Jugendwohlfahrt, Anna von Gierke, der Rotdienst der Berliner Frauen, Anna von Gierke und der Ausschuh der deutschen Jugendverbände

Der Billionenkassenbote. Am Sonntag, den 28. Oktober, inserierte im Berliner Lokal-Anzeiger unter 'Chiffre' eine 'Kommunikationsgesellschaft' nach einem Herrn für Infanto im Auftritte, also nach einem Kassenboten.

Seinen 70. Geburtstag feiert heute unser Genosse Karl Marx. Weidenhagenstraße 28. Schon in jungen Jahren schloß er sich der Schuhmacher-Gewerkschaft und der Partei an.

Preise und Löhne.

Table with 2 columns: Lebensmittelpreise in der Zentralmarkthalle am 1. 11. (in Milliarden Mark) and Wochenlöhne in Berlin (in Milliarden Mark). Lists various goods and their prices, and weekly wages for different professions.

Am 2. November wird unser Genosse Karl Dienert, Georgenkirchstr. 36 (5. Wkt.), 70 Jahre alt. Der Jubilar wirkte schon unter dem Sozialistengesetz für die Partei.

Verleihung der Groß-Berliner Tuberkulosefürsorge. Der Magistrat ist einem Beschluß der Gesundheitsdeputation beigetreten, daß im Rahmen der vord. Hauptgesundheitsamt vorgeschlagenen Vereinbarung und mit Wirkung vom 1. November 1923 ab die erforderlichen Schritte zur Verleihung der Groß-Berliner Tuberkulosefürsorge in enger Zusammenarbeit mit der Landesversicherungsanstalt Berlin und den übrigen Mitgliedern der Arbeitsgemeinschaft zur Bekämpfung der Tuberkulose durchgeführt werden.

Die Verankelung des Republikanischen Reichsbundes. Ortsgruppe Berlin, die sich mit den Vorgängen in Sachsen und Bayern beschäftigte, nahm bei ihrem Besuch einen würdigen Verlauf.

Abbruch des Hospitals am Südufer. Das zu Spitalzwecken dienende ehemalige Johannistal am Südufer soll wegen Erweiterung des Westhafens abgebrochen werden.

Eine russische Rohstoff- und Volkswirtschaftsplanung wird am Freitag, den 2. November, bei der Handelsvertretung der S.E.R. (Sozialistische Sowjet-Republik) in Deutschland eröffnet.

Der Wandertischler Henry hat sein Ziel erreicht in der Schönhäuser Allee (unweit des Hochbahnhofes Danziger Straße) aufgebaut und zeigt Abend für Abend ein reichhaltiges Programm.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

heute abend 5 Uhr pünktlich Sitzung des engeren Vorstandes im Bezirkssekretariat.

- Veranstaltung der Post- und Telegraphenbeamten Freitag, den 2. November, 8 Uhr, Versammlung im Zimmer der Juristischen Gesellschaft, Lindenstr. 2.
Kreis Charlottenburg, Freitag, den 2. November, 7 1/2 Uhr, erweiterte Sitzung.
Kreis Wilmersdorf, heute, Freitag, den 2. November, 7 1/2 Uhr, Kreismitgliederversammlung im Wilmersparken, Wilhelmstraße 114/115.

Heute, Freitag, den 2. November:

- Jungesozialisten Gruppe Kordens, 8 Uhr im Redigendebim, Schönhaferstr. 1: „Kunter Kunder.“
Morgen, Sonnabend, den 3. November:
M. W. Steinhilber, 8 Uhr außerordentliche Funktionärstagung bei Somburg, Schloßstr. 101.

Jungesozialisten. Die Karten für die Rundgebung der Reichsleitungen der republikanischen Jugendverbände am Sonntag, den 4. November, nachmittags 11 Uhr, im ehem. Herrenhaus, Leipziger Straße, sind beim Genossen Lutz abzuholen.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

Keutmann. Die Beerdigung des beim Karienkollaps erschöpften 12jährigen Sohnes unseres Parteigenossen Hans Keutmann, 26 (96. Wkt.), findet heute, Freitag, nachmittags 1 1/2 Uhr, auf dem Gemeindefriedhof Marienburger Weg statt.

Jugendveranstaltungen.

Achtung, Abteilungsleiter und Werbebezirksvorstände! Am Dienstag, den 6. d. M., abends 1/2 Uhr, findet in der Schule Gipsstr. 23 gemeinsam mit den Jungesozialisten eine Mitgliederversammlung statt.

Kleine Anzeigen

Verkäufe. Auf Teilzahlung moderne Herrenanzüge, Tüllmännchen, Umarmungs- und Hochzeitskleider, beste Stoffe, neueste Modelle, höchste Qualität, beste Verarbeitung, 22. Gumboldtstr. Rosenbrunn, 9-12 3-7.

Kaufgesuche. 200 Millionen kauft Pianoforte, Telephon, Grammophon, 4322.
Wassersucht, Kesselfabrik, Dresdenerstraße 24, Wappstraße 128 45.
Wassersucht, Kesselfabrik, Dresdenerstraße 24, Wappstraße 128 45.

Autozubehör. Räder, Stoßdämpfer, Lichter, etc.
Arbeitsmarkt. Stellenangebote.
Vorwärts-Austrägerinnen. werden sofort eingestellt!

Arbeitsmarkt. Stellenangebote.
Vorwärts-Austrägerinnen. werden sofort eingestellt!

Verschiedenes. Gemischte Unternehmung, Bedienung, etc.

Verschiedenes. Gemischte Unternehmung, Bedienung, etc.